

Günther, Jann
 Liebeskind, Annette
 Schüller, Alexander
 Schwarz, Wolfgang
 Wirtz, Hans-Dieter

SPD-Fraktion
 Bündnis 90/Grüne-Fraktion
 FDP-Fraktion
 CDU-Fraktion
 CDU-Fraktion

Tagesordnung

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Sachstand Integriertes Handlungskonzept Grüne Infrastruktur in Bornheim, Gebietskulisse des Grünen C	020/2017-7
5	Ergebnis der Prüfung der 20%-Quote der Wohneinheiten für den sozialen Wohnungsbau in Neubaugebieten	025/2017-7
6	Umsetzung der Prioritäten der Wohnbauflächenentwicklung	033/2017-7
7	Ausnahme von der Veränderungssperre in der Ortschaft Merten (Bereich des Bebauungsplanes Me 16) - Bauantrag zur Legalisierung einer Nutzungsänderung des Spitzbodens zu Wohnzwecken	067/2017-6
8	Straßenverkehrsrechtliche Anhörverfahren	073/2017-9
9	Mitteilung betreffend Sachstand RadPendlerRoute Bornheim-Alfter-Bonn	014/2017-7
10	Mitteilung betr. Erweiterung von bestehendem Hofcafé und Verkaufsfläche	066/2017-6
11	Mitteilung betr. Erweiterung und Umbau einer Container-Wohnanlage für Saisonarbeiter	072/2017-6
12	Mitteilung über den Ausgang straßenverkehrsrechtlicher Anhörverfahren gem. § 45 StVO	070/2017-9
13	Mitteilung über Anschaffung eines Seitenradarmessgerätes für die Verkehrsbehörde der Stadt Bornheim	071/2017-9
14	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	074/2017-1
15	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

1.stv. AV Wilfried Hanft eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Ausschuss für Stadtentwicklung beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:
 TOP 1 – 15.

	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	

Frau Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
----------	---	--

Es wurde kein Ausschussmitglied verpflichtet.

3	Einwohnerfragestunde	
----------	-----------------------------	--

Mündliche Einwohnerfrage des Herrn Frank Koch, Donnerstein betr. Straßenausbau Donnerstein, Widersprüchliche Aussagen zum Kanalausbau

Wann kann mit einem endgültigen Ratsbeschluss diesbezüglich gerechnet werden?

Antwort:

Das Thema Ausbau Donnerstein war in die Haushaltsberatungen integriert. Es wird davon ausgegangen, dass im Zuge der abschließenden Haushaltsberatungen eine Entscheidung zu diesem Thema vom Rat getroffen wird. Dies wird voraussichtlich Mitte Februar sein.

4	Sachstand Integriertes Handlungskonzept Grüne Infrastruktur in Bornheim, Gebietskulisse des Grünen C	020/2017-7
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

- Einstimmig -

5	Ergebnis der Prüfung der 20%-Quote der Wohneinheiten für den sozialen Wohnungsbau in Neubaugebieten	025/2017-7
----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ergebnisse der Prüfung zur Kenntnis.

- Einstimmig -

6	Umsetzung der Prioritäten der Wohnbauflächenentwicklung	033/2017-7
----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt den Stand der Umsetzung der Prioritäten der Wohnbauflächenentwicklung zur Kenntnis und beauftragt den Bürgermeister auf Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion für den Ort Walberberg eine Fläche zur Wohnbauentwicklung hochzustufen.

- Wb-N-01-W Dominikanerstraße mit Priorität 2

- Einstimmig -

7	Ausnahme von der Veränderungssperre in der Ortschaft Merten (Bereich des Bebauungsplanes Me 16) - Bauantrag zur Legalisierung einer Nutzungsänderung des Spitzbodens zu Wohnzwecken	067/2017-6
----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, gemäß § 14 Abs. 2 BauGB die Ausnahme von der Veränderungssperre für das Bauvorhaben im Bereich des Bebauungsplanes Me 16 zuzulassen, da überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen.

- Einstimmig -

8	Straßenverkehrsrechtliche Anhörverfahren	073/2017-9
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis

- | | |
|-------------------------------|---|
| 22 Stimmen für den Beschluss | (CDU, SPD, B90/Grüne, UWG, LINKE, Breuer) |
| 01 Stimme gegen den Beschluss | (FDP) |

9	Mitteilung betreffend Sachstand RadPendlerRoute Bornheim-Alfter-Bonn	014/2017-7
----------	---	-------------------

- Kenntnis genommen -

Zusatzfrage AM Hochgartz

Gibt es an der Stelle schon Ideen, wo man an andere Fördermittel herankommen könnte?

Antwort:

Ideen gibt es. Auf Bundesebene ist man auch daran interessiert den Radverkehr zu fördern und möchte entsprechende Förderprogramme auflegen (Radschnellwege). Dort ist zu klären, ob die Förderung der Radverkehrsinfrastruktur auch mit Bundesgeldern möglich wird. Eine Förderung über die Sonderprogramme ist gescheitert. Jetzt wird versucht über die normale Landesförderung von Radverkehr, die bei der Bezirksregierung angesiedelt ist, Fördergelder zu eruieren.

10	Mitteilung betr. Erweiterung von bestehendem Hofcafé und Verkaufsfläche	066/2017-6
-----------	--	-------------------

- Kenntnis genommen -

11	Mitteilung betr. Erweiterung und Umbau einer Container-Wohnanlage für Saisonarbeiter	072/2017-6
-----------	---	-------------------

- Kenntnis genommen -

12	Mitteilung über den Ausgang straßenverkehrsrechtlicher Anhörverfahren gem. § 45 StVO	070/2017-9
-----------	---	-------------------

- Kenntnis genommen -

Zusatzfragen

AM Hanft betr. Überprüfung Brenig, Möglichkeit der Anbringung von Warnbaken

1. Wie ist die Rechtsgrundlage zum Anbringen von Warnbaken auf Gemeindestraßen? Ist dort zwingend ein Anhörverfahren vorgeschrieben?
2. Gibt es zeitliche Fristen zur Rückäußerung von zu beteiligenden Behörden?

Antwort:

Wenn im öffentlichen Verkehrsraum Einschränkungen und Veränderungen vorgenommen werden, ist dazu eine Verkehrsregelung erforderlich, die in Abstimmung mit den Fachbehörden vorgenommen werden. Die Warnbake ist ein Verkehrszeichen nach dem Verkehrszeichenkatalog und insoweit bedarf sie einer förmlichen Anordnung. Das Verfahren ist mittlerweile eingeleitet.

AM Prinz betr. unterschiedliche Excellisten

Kann die Verwaltung darauf verzichten, Dokumente bereitzustellen, die sich nicht über das I-Pad öffnen lassen?

Antwort:

Wird aufgenommen.

13	Mitteilung über Anschaffung eines Seitenradarmessgerätes für die Verkehrsbehörde der Stadt Bornheim	071/2017-9
-----------	--	-------------------

- Kenntnis genommen -

Zusatzfragen

AM Hochgartz

Kann die Liste den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden?

Antwort:

Ja. Die Liste wird zukünftig regelmäßig dem Ausschuss zur Verfügung gestellt (Liste, Fortgang der Abarbeitung, Ergebnis der Messungen).

AM Hanft

Wäre es denkbar bei der Einrichtung eines kommunalen Ordnungsdienstes, dass dieser hier unterstützend tätig sein könnte?

Antwort:

Bisher ist dies nicht vorgesehen.

14	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	074/2017-1
-----------	---	-------------------

Keine.

15	Anfragen mündlich	
-----------	--------------------------	--

AM Dr. Will betr. Bericht in der Presse über Werkstätten in Bornheim, Stadtmarketing, integriertes Handlungskonzept, Agglomerationskonzept Dr. Molitor

1. Wie geht die Stadt mit den unterschiedlichen Zielsetzungen um?
2. Wer hat dies in Auftrag gegeben?
3. Wie hoch sind die Kosten?
4. Kann man sich dagegen verwehren?

Antwort:

Bornheim ist Teil der Metropolregion Köln/Bonn. Herr Dr. Molitor hat in seinem Vortrag deutlich gemacht, dass die Stadt als Teilregion aktiv an der Entwicklung teilnehmen kann. Die Erarbeitung eines Agglomerationskonzeptes kostet 700.000 Euro. So ist zumindest das Budget, das aufgebracht wird, auf der Ebene Köln/Bonn und nicht Stadt Bornheim aufgebracht wird. Das Projekt wird mit Mitteln der EU und des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung 2014-2020 gefördert. Da geht es darum, innerhalb der nächsten zwei Jahre ein Konzept zu entwickeln, wie sich der Metropolraum insgesamt siedlungsräumig, infrastrukturell entwickeln soll. Die Ergebnisse sollen in den Regionalplan eingearbeitet werden. Das Agglomerationskonzept sowie der Regionalplan werden dann zu einem Gesamtwerk zusammengefügt und die Entwicklungsperspektiven der Region für die nächsten 20 Jahre darstellen.

Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

gez. Wilfried Hanft
Vorsitz

gez. Petra Altaner
Schriftführung